

nach 1945 in Polen eingetretenen Verhältnisse waren nämlich einer kritischen Analyse der Vorkriegszeit zunächst nur dort förderlich, wo sie als notgedrungenen Durchgang zur Nachkriegswirklichkeit und als deren Rechtfertigung aufgefaßt werden konnten. Von daher ist auch diese Arbeit des Vfs. zu verstehen; es ist die dritte, nach einer 1954 erschienenen Darstellung des „bourgeoisien Sejms der Landbesitzer“ 1919—1922 und der Arbeit über den Chjeno-Piast 1922—1926, also die Regierungskoalition der mittelbäuerlichen und katholischen „Volkspartei“ (1955). Stets waren die Stenogramme des Sejms und Senats die maßgebliche Quelle.

Auch die nur bedingt als „Diktatur“ zu bezeichnenden Jahre vom Mai-Umsturz Piłsudskis bis zur ersten „Obersten-Regierung“ und zur Brestler Affäre sind an Hand der Sejm- und Senatsprotokolle dargestellt. Damit hängt leider eine vordergründige Einseitigkeit zusammen; sie wird noch dadurch gesteigert, daß alle diejenigen Parteien und Gruppen, bei denen sich eine auch nur bedingte Zusammenarbeit mit der KPP (Komunistyczna Partia Polski) vermuten läßt, mit Lob bedacht werden. Die maßgebenden, das Plenum der Parlamente beherrschenden großen Parteien erscheinen dagegen als schwächliche, kompromißbereite, dem „Diktator“ Piłsudski gegenüber allzu sehr nachgebende Vertreter einer zum Untergang verurteilten, von Anfang an mißverstandenen und unbrauchbaren parlamentarischen Demokratie. Das Schicksal des Bauerntums wird besonders berücksichtigt, aber freilich auch verzerrt dargestellt. Die Bauernpartei „Piast“ erscheint von vornherein als wetterwendischer Bundesgenosse der Bourgeoisie, der „Rechten“, der „Kulaken“ und Großgrundbesitzer. Hier scheint immer noch jene Einstellung der KPP nachzuwirken, die aus übertriebener Abneigung gegen „Piast“ und „Endecja“ (Nationaldemokraten) im Mai 1926 zwar Piłsudski in den Sattel hob, ihn danach aber als „Faschisten“ brandmarkte.

Bei manchen Abstrichen, die an den parteipolitischen Urteilen vorzunehmen sind, ist die Arbeit doch als knapper, faktographischer Abriss der Geschichte des polnischen Parlamentarismus in der Zeit seiner Krise zu gebrauchen. Debatten in Sejm und Senat werden durch das zitierte gesprochene Wort lebendig, Parteien und Parlamentarier werden lexikalisch und biographisch greifbar, die Hauptphasen der polnischen Innenpolitik mit ihren sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und nationalitätenpolitischen Problemen (letztere jedoch nur im Hinblick auf die inzwischen aus dem polnischen Staat ausgeschiedenen Ukrainer und Weißruthenen, deren „nationaler Befreiungskampf“ zwischen den Kriegen voll anerkannt wird) werden in groben Umrissen deutlich.

Marburg a. d. Lahn

Richard Breyer

Andrzej Korbonski, Politics of Socialist Agriculture in Poland: 1945—1960. (East Central European Studies of Columbia University.) Columbia Univ. Press, New York, London 1965. XVI, 330 S.

Die mit dem „Clarke F. Ansley-Preis“ des Columbia-Universitätsverlages ausgezeichnete Untersuchung von A. Korbonski über die Politik zur Sozialisierung der Landwirtschaft in Polen enthält mehr, als der Titel verspricht: Sie beschränkt sich nicht auf eine Erörterung der Agrarpolitik der Nachkriegszeit, sondern sie verfolgt darüber hinaus die Entwicklung der wirtschaftlich-sozia-

len Bedingungen sowie der politischen Machtverhältnisse in Polen seit Wiedererlangung seiner staatlichen Selbständigkeit nach dem Ersten Weltkrieg bis in unsere Tage. Dabei stehen naturgemäß die sich wandelnde Stellung des Bauerntums und die von ihm ausgehende politische Willensbildung im Mittelpunkt der Betrachtung.

Im ersten Kapitel schildert der Vf. die wirtschaftliche Situation und die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der polnischen Bauernschaft während der Zwischenkriegszeit.¹ Obwohl ihr damals rund zwei Drittel der Gesamtbevölkerung angehörten und ihre nichtkommunistischen parteipolitischen Gruppierungen im Jahre 1931 zu einer Einheitspartei (*Stronnictwo Ludowe*) zusammengefaßt werden konnten, besaß sie nur geringen Einfluß auf die Staatsführung, die sich in Händen einer verhältnismäßig dünnen Intelligenzschicht befand. Ihre wirtschaftliche Position wurde durch das ständige Anwachsen der Agrarbevölkerung bei stagnierendem Produktionsniveau weiter geschwächt.

Selbst die Agrarreform, durch die von 1919—1938 etwa 3,3 Mill. ha in bäuerliche Hand gelangten, bezeichnet der Vf. als Fehlschlag, da sie nur 54 v. H. der in Betrieben über 50 ha verfügbaren Nutzfläche erfaßt und die Ansiedler mit untragbaren Anzahlungen (5 v. H. des Bodenwertes) belastet habe.

Von besonderem Interesse sind die Darlegungen über die Auswirkungen des Krieges, vor allem die der deutschen Besatzung im Generalgouvernement, auf die Sozialstruktur der polnischen Bevölkerung (2. Kapitel): Das im Vergleich zur Vorkriegszeit günstige Agrarpreisniveau und produktionstechnische Fortschritte verbesserten die Wirtschaftslage und stärkten das Selbstbewußtsein der bäuerlichen Bevölkerung: „Selbst polnische Experten geben zu, daß beträchtliche Fortschritte erzielt wurden, hauptsächlich im Hinblick auf Wissen und praktische Ausbildung“ (S. 37). „Wahrscheinlich geschah es zum ersten Male, daß polnische Bauern Dinge kaufen konnten, die zu besitzen ihnen nie im Traume eingefallen war“ (S. 38). Da sich die städtischen Bevölkerungskreise, die gezwungen waren, ihre Vermögenswerte für Nahrungszukäufe auf den freien Märkten zu opfern, in einer sehr viel ungünstigeren wirtschaftlichen Position befanden, begann sich die zwischen Stadt und Land bestehende soziale Kluft mehr und mehr zu nivellieren, und die Demokratisierung machte Fortschritte. Die Londoner Exilregierung, in der die bäuerlichen wie die sozialistischen Parteien nur unzulänglich vertreten waren, zeigte sich über diese Vorgänge ebenso wenig orientiert, wie über die sich unter dem Einfluß zunehmender kommunistischer Infiltration im Lande vollziehende Verschiebung des politischen Schwergewichts nach links. Das Fehlen einer klaren Konzeption über die künftige Agrarpolitik der bäuerlichen Untergrundbewegung, die unter dem Decknamen „*Ruch Oporu Chłopów*“ (ROCH) an die Stelle der „*Stronnictwo Ludowe*“ (SL) getreten war, nutzte die als „*Polska Partia Robotnicza*“ (PPR) im Januar 1942 wiederbegründete Kommunistische Partei, um durch Propagierung einer sofortigen radikalen Bodenreform das Kleinbauern_tum für sich zu gewinnen und dadurch die einzig ernst zu nehmende politische Opposition auszuschalten (Kapitel 3). Wie in anderen „Volksdemokratien“ war die als soziale

1) Ausführlich dargestellt in der hier S. 538—539 besprochenen Monographie von Alicja Więzikowa, *Stronnictwo Chłopskie (1926—1931)*. [Die Bauernpartei 1926—1931.] Warszawa 1963.

Errungenschaft gefeierte Landreform lediglich ein Schachzug in dem mit dem Rückzug der deutschen Truppen einsetzenden erbitterten Ringen um die politische Herrschaft, das in den folgenden Kapiteln (4—7) in allen Einzelheiten geschildert wird. Auch nach Errichtung der kommunistischen Diktatur dauerten die Machtkämpfe mit unverminderter Schärfe an, nunmehr allerdings innerhalb der Führungsgremien selbst.

Das Kernproblem der Auseinandersetzungen bildete die Verwirklichung der Kollektivierungsideologie in der Landwirtschaft. Gegen den Widerstand Gomułkas wurde im August 1948 ein Sozialisierungsfeldzug nach sowjetischem Muster verkündet und — nach umfangreichen Säuberungsaktionen in den maßgebenden Führungsgremien — in den Jahren 1949—1955 mit rücksichtsloser Härte durchgesetzt. Doch die Folgen der Vernachlässigung der ökonomischen Erfordernisse und des passiven Widerstandes der kollektivierungsfeindlichen Bauern ließen nicht lange auf sich warten: Lebensmittelknappheit und steigende Preise machten 1951/52 die Wiedereinführung eines Zwangsablieferungssystems für Agrarprodukte und die Verbrauchsrationierung bei Fleisch, Fetten und Zucker notwendig. Anlässlich des 9. Parteiplenums vom 29. Oktober 1953 sah sich Bierut genötigt, den Fehlschlag der Sozialisierungspolitik offen einzugestehen und die Bedeutung des privaten Bauerntums für die Ernährungssicherung anzuerkennen (S. 218/19). Obwohl der Kampf um die Verbesserung des Lebensstandards nunmehr das Hauptanliegen der Partei sein sollte, wurde die Sozialisierungspolitik, wenn auch mit vermindertem Druck, noch drei Jahre lang fortgesetzt.

Erst die Rehabilitierung Gomułkas anlässlich des auf die Posener Unruhen folgenden VII. Parteikongresses (18.—28. Juli 1956) leitete die endgültige Abkehr von der bisherigen Sozialisierungspolitik ein: Die 8. Plenarsitzung am 19. Oktober 1956 nahm die von Gomułka eingebrachte Resolution an, wonach die unwirtschaftlichen Kolchose aufgelöst und den „Kulaken“ die Existenz ermöglicht werden sollte (S. 248). Obwohl die Kollektivierung der Landwirtschaft als das unabdingbare Endziel sozialistischer Agrarpolitik proklamiert wurde und obwohl den Kolchosmitgliedern freies Entscheidungsrecht, volle Selbstverwaltung, Eigentum an Maschinen und Geräten sowie Investitionshilfen zugesagt wurden, verschwanden innerhalb eines Monats 85 v. H. aller bestehenden Kolchose: Nach Angaben der amtlichen Statistik ging ihre Zahl von 10 510 am 30. September 1956 auf 1 500 Ende Dezember desselben Jahres zurück! Übrig blieben vor allem die von Landarbeitern übernommenen ehemaligen Güter sowie Kollektive von geringerem Sozialisierungsgrad (Typ 1). Die Kolchosmitglieder übernahmen bei der Auflösung durchschnittlich nur je 7—8 ha in Eigenbewirtschaftung, so daß nicht selten Restflächen brach liegen blieben (S. 258). In der Periode von 1957—1959 wurden 500 weitere Kollektive aufgelöst, gleichzeitig entstanden 700 neue Kooperative, die jedoch meist nach liberaleren Grundsätzen organisiert waren als die früheren Kolchose. Auch das bislang stark zentralistische System der Staatsbetriebe wurde nach Auflösung des Sonderministeriums für die Staatsgüter aufgelockert und dem Landwirtschaftsministerium unterstellt (Kapitel 8—10).

Nunmehr sollte nach dem Willen Gomułkas die endgültige Sozialisierung der Landwirtschaft auf anderem, weniger radikalem Wege erreicht werden, näm-

lich mit Hilfe der sog. Landwirtschaftlichen Zirkel, welche neben der Produktionsförderung vor allem den Kampf gegen das Großbauerntum aufnehmen sollten. Obwohl es sich dabei um nichts anderes als kollektive Maschinenausleihstationen handelt, vermied man die verhaßte Bezeichnung „kooperativ“, knüpfte vielmehr mit der Namensgebung an die Tradition der bereits vor dem Kriege, insbesondere in den polnischen Westprovinzen Posen und Pommerellen bestehenden bäuerlichen Genossenschaften an. Nach anfänglichen Erfolgen (1957 waren bereits über 300 000 Bauern einem Zirkel beigetreten) verlangsamte sich der Zustrom, weil die Bauern jeder Art von Gemeinschaftsaktion mißtrauisch gegenüberstanden und ihre Furcht vor der Kollektivierung noch nicht aufgegeben hatten. Zur Finanzierung der Maschinenankäufe, durch die man vor allem eine Verringerung der hohen Pferdebestände und damit ein vermehrtes Brotgetreideangebot erreichen wollte, wurde im Jahre 1959 ein „Landwirtschaftlicher Entwicklungsfonds“ geschaffen, dem die zwischen den Marktpreisen und den für die Zwangskontingente an Getreide und Kartoffeln an die Bauern gezahlten Erzeugerpreisen bestehende Differenz zufließt. Dadurch wollte man zugleich die Ablieferungsfreudigkeit erhöhen. Die Auswirkungen des „neuen Kurses“ der Agrarpolitik auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln zeigten sich jedoch erst im Jahre 1960 in einer beträchtlichen Zunahme der landwirtschaftlichen Erträge, die für Gomułka eine entscheidende Stütze für die Fortsetzung seiner Politik im Innern und für die Erlangung einer größeren Unabhängigkeit nach außen, insbesondere gegenüber der Sowjetunion, bedeutete.

Obwohl der Vf. nach seinen eigenen Worten (Vorwort S. IX) bemüht gewesen ist, politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte in einem ausgewogenen Verhältnis zu behandeln, liegt das Schwergewicht eindeutig bei der Darstellung der politischen Grundlagen und Ereignisse. Eine solche Einseitigkeit bedeutet im vorliegenden Falle jedoch keinen Nachteil, da sie zweifellos den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht. Jedenfalls bietet dieses gründliche und weitgehend objektive Werk wertvolle Einblicke in die bis in die Vorkriegszeit zurückreichende Entwicklung der soziologischen und politischen Kräfte und Auseinandersetzungen, die geeignet sind, nicht nur die Agrarpolitik im heutigen Polen, sondern dessen vielfach noch recht undurchsichtigen neuen politischen Kurs unserem Verständnis näherzubringen.

München

Hans-Heinrich Herlemann

Niepodległość. Czasopismo poświęcone najnowszemu dziejom Polski. VI. VII.

Wydaje Instytut Józefa Piłsudskiego poświęcony badaniu najnowszej historii Polski w Londynie. [Unabhängigkeit. Zeitschrift für die neueste Geschichte Polens. Hrsg. vom J. Piłsudski-Institut (in London) zur Erforschung der neuesten Geschichte Polens.] (Neue Folge.) Londyn 1958, 1962. 288, 299 S.

Wer diese Zeitschrift, die 1929—1939 unter der Schriftleitung von L. Wasilewski erschien, als Quelle zur Zeitgeschichte Polens zu schätzen wußte, wird ihre Erneuerung in London im Jahre 1948 begrüßen. Wiederum wird sie von einem Kreis von Historikern, Politikern und Militärs aus dem Umkreis des Marschalls Piłsudski getragen. Um seine Person und Zeit gruppiert sich der geradezu dokumentarische Inhalt, der von einem Redaktionskomitee (St. Bie-